

## Antrag 1

### „Erweiterung des LSD-BG“

Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz – LSD-BG ist ein gut ausgearbeitetes Gesetz, das zum Schutze aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zum Einsatz gebracht wurde. Leider finden Sie auch hier Benachteiligungen für gewisse Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen. Dieses Bundesgesetz gilt nämlich nur für

- Arbeitsverhältnisse, die auf einem privatrechtlichen Vertrag beruhen,
- die Beschäftigung von Arbeitskräften im Sinne des § 3 Abs. 4 des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes (AÜG), BGBl. Nr. 196/1988,
- Beschäftigungsverhältnisse, auf die das Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, anzuwenden ist.

Ausgenommen sind:

- Arbeitsverhältnisse zum Bund, auf die dienstrechtliche Vorschriften anzuwenden sind, welche den Inhalt der Arbeitsverhältnisse zwingend regeln.
- Arbeitsverhältnisse zu Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden.
- Die Überlassung von Arbeitskräften im Sinne des § 3 Abs. 4 AÜG durch den Bund, ein Land, eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Frau Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Mag. Beate Hartinger-Klein auf, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, indem die ausgenommenen Arbeitsverhältnisse in den Geltungsbereich aufgenommen werden.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
12.4.18

Für

Arbeiter und Angestellte

## Antrag 2

# „Soziale Medien – Fluch oder Segen?“

Neue Medien (Facebook, Instagram, Youtube, Snapchat etc.) haben längst in unseren Kinderzimmern Einzug gehalten. Vorallem Youtube ist bei Kindern zwischen 9 und 16 Jahren das beliebteste Medium der heutigen Zeit. Trotz Kindersicherungseinrichtungen auf den sozialen Netzwerken sind unsere Kinder einer Vielzahl von Informationen ausgesetzt, die für Kinderaugen- und Ohren nicht bestimmt sind. Sehr viele Eltern haben den Überblick verloren und wissen nicht mehr, welchen Kanälen sich ihre Kinder bedienen und wissen auch nicht, wie sie ihre Kinder vor den gefährlichen Inhalten schützen können. Eine umfangreiche Präventionskampagne könnte dem Abhilfe schaffen.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Frau Bundesminister für Familie, Frauen und Jugend, Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß auf, gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung eine umfangreiche Elterninformationskampagne zu beauftragen und diese in den Volksschulen als verpflichtende Maßnahme zu setzen.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
12.4.18

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 3

### Unterstützungsmodell für die Ausbildung zum Meister/Werkmeister

Bereits im Jahr 2013 berichteten die „Salzburger Nachrichten“ über die hohen Kosten der Meisterausbildung in Österreich:

*„Teuer ist nicht die Prüfung selbst, es sind die Kurse, in denen sich junge Menschen vorbereiten können. Angeboten werden sie von Wifl (Wirtschaftskammer), bfi (Arbeiterkammer), anderen privaten Bildungseinrichtungen und Schulen. Je nach Beruf und Bundesland schwanken die Kosten für ein Kurspaket zwischen 3000 und 5000 Euro, bei komplizierten Berufen wie Zahntechniker können es auch bis zu 10.000 Euro sein. Damit ist der Weg zum Meister in vielen Fällen teurer als eine Fachhochschule oder als ein Universitätsstudium. 17 der 20 Fachhochschulen verrechnen pro Semester 363,36 Euro, also für sechs Semester bis zum Bachelor maximal 2180,16 Euro. An der Uni müssen die 363,36 Euro nur mehr Studenten zahlen, die die Mindeststudienzeit um mehr als zwei Semester überschreiten.“*

(Quelle: <http://www.salzburg.com/nachrichten/rubriken/bestellen/karriere-nachrichten/sn/artikel/meister-werden-ist-teurer-als-ein-studium-53640/>)

Die Kostenentwicklung im Bereich der Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung war in den letzten Jahren keineswegs rückläufig. Damit eine gesamtheitliche Attraktivierung der Lehre und des Handwerks erfolgen kann, müssen auch die beruflichen Zukunftsperspektiven möglichst erstrebenswert gestaltet werden. Die Ausbildung zum Meister/Werkmeister darf deshalb nicht zu einer unfinanzierbaren Herausforderung werden. Mit einem Finanzaufwand von bis zu 10.000 Euro ist die Erreichung des Meisterbriefs allerdings sehr kostenintensiv. Vor diesem Hintergrund sollte ein Stipendiensystem seitens der öffentlichen Hand eingeführt werden, um jedem interessierten jungen Arbeitnehmer die Chance zu geben, die Meisterausbildung entsprechend absolvieren zu können.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Bundesregierung auf, ein Stipendiensystem aus den Mitteln aus dem Insolvenzausgleichsfonds für die Ausbildung zum Meister/Werkmeister zu schaffen.**

KR Mag. Harald Korschelt e.h.  
Fraktionsobmann FA  
12.04.2018

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

**Antrag 7****Kennzeichnungspflicht für Palmöl in Lebensmittel**

Der neuerliche Skandal rund um die besonders hohe Konzentrationen an wahrscheinlich krebserregendem 3-MCPD-Ester in palmöhlhaltigen Produkten in „Milka-Erdbeer-Schokolade“, „Alsan-Bio-Margarine“ und „Rama Original in Würfelform“ zeigt es klar und deutlich. Verbraucher wissen nicht, was in den Produkten enthalten ist und sehr oft sind die nicht ausreichend und klar gekennzeichneten Inhaltsstoffe gesundheitsschädigend oder zumindest bedenklich. Für 3-MCPD wurde von der AGES eine „tägliche duldbare Aufnahmemenge von 0,8 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht pro Tag“ ermittelt – bei Glycidyl-Ester ist dies nicht geschehen, da gesundheitsschädigende Folgen nicht ausgeschlossen werden können. Nicht zu vergessen ist aber auch, dass im Vergleich zu Produkten mit anderen Ölen, bei Produkte mit Palmöl die höchste Schadstoff-Konzentration nachgewiesen wird. Für Kinder ist aber auch die täglich duldbare Aufnahmemenge nicht nur schnell erreicht, sondern schnell überschritten und damit sehr gefährlich. Unsere Säuglinge und Kinder müssen daher geschützt werden, denn oft ist es für die Eltern / Konsumenten nicht ersichtlich, was genau in dem Produkt enthalten ist, und welche „Mengen“ unbedenklich verzehrt werden dürfen.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Fr. Mag. Beate Hartinger-Klein auf, sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene strengere gesetzliche Grenzwerte für 3-MCPD- und Glycidyl-Ester in Lebensmitteln eingeführt werden.**

KR Mag. Harald Korschelt e.h.  
Fraktionsobmann FA  
12.04.2018

**F**ür

**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 8



## Freier Eintritt für Familien in Bundesmuseen

Durch einen freien Eintritt für Familien in unsere Museen soll eine Stärkung der kulturellen Identität und des Bewusstseins für kulturelle Werte erfolgen.

Diese Maßnahme ist deswegen begrüßenswert, weil mit einem freien Museumseintritt der Jugend unser kulturelles und historisches Erbe besser nahegebracht wird. So gelingt es, der Jugend zu erleichtern, unseren kulturellen Reichtum und unsere Schätze in den Museen mehr wahrzunehmen. Als Ziel gilt es, unseren kulturellen und historischen Reichtum nicht nur zu bewahren, weiterzuentwickeln und dementsprechend zu fördern, sondern auch die Menschen, die sich die Museumsgebühren vielleicht nicht so leicht leisten können, optimal daran teilhaben zu lassen!

Auch wenn der Eintritt für unter 19-jährige gratis ist, ist dieser oft für die Eltern, dementsprechende Begleitpersonen nicht leistbar.

Damit den Museen diese Maßnahme, Familien mit Jugendlichen unter 19 Jahren freien Eintritt in Bundesmuseen zu genehmigen, nicht zum finanziellen Nachteil gereicht, wären unbedingt zusätzliche Budgetmittel für die Umsetzung zielführend.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher den Bundesminister für EU, Kunst- u. Kultur u. Medien, Hrn. Mag. Gernot Blümel auf, sich dafür einzusetzen, dass Familien mit Kindern unter 19 Jahren der freie Eintritt in Bundesmuseen gewährt wird.**

**Weiters ist sicherzustellen, dass hierfür zusätzlich finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, damit die Bundesmuseen ihren Aufgaben, nämlich zu sammeln, zu bewahren, zu präsentieren und auch zu „forschen“, besser nachkommen können.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
12.04.2018

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte